

# Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 1 Mark

**Bezugspreis:** monatlich 12.00 — ohne Geschäftssteuern, Postgebühren und sonstigen Gebühren. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigepreis:** Die Seite 24 mm breite vom 1. April bis 31. März, 20 mm breite vom 1. April bis 31. März, 16 mm breite vom 1. April bis 31. März. **Gesellschaftliche Halle-Sale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. **Sonnabend, 22. Juli 1922** **Gesellschaftliche Berlin:** Bernburger Str. 20. Fernruf Jung Kurfürst 71 6208. Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck u. Druck von Otto Thiele, Halle-Sale

## Das Memorandum der Repfo

### Ein Schreiben an den Reichskanzler

w. Berlin, 21. Juli.

Das Schreiben des Garantienmittels an den Reichskanzler lautet:

Berlin, 18. Juli 1922.  
Herr Reichskanzler! In Ausführung des von der Reparationskommission erteilten Auftrages und auf der Grundlage des Schriftwechsels der letzten mit der deutschen Regierung vom 21. März, 28. und 31. Mai hat das Garantienmittel mit den deutschen Delegierten die Verhandlungen abgeschlossen, die hinsichtlich der Aufhebung der Einziehungen und Ausgaben und der schweren Schuld und der Unterdrückung der Kapitalflucht sowie der auf die Veröffentlichung der Statistiken bezüglichen Fragen zu erreichen. In dem beiliegenden Memorandum, über dessen Wortlaut die deutschen Delegierten und das Garantienmittel beraten haben, ist das Ergebnis dieser Beratungen niedergelegt. Das Garantienmittel bittet die deutsche Regierung, ihm beizustimmen, daß sie sich mit dem in dem Memorandum enthaltenen Maßnahmen einverstanden ist und daß sie, das Erforderliche veranlassen wird, um ihre Anwendung sicherzustellen. — Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, die Veröffentlichung unterer ausgedruckten Forderungen. Ges. Weimann, Minister, d. Amelina, Rembold-Ges.

Das Memorandum vom gleichen Tage über die durch das Garantienmittel auszubühnende Nachprüfung über die Unterdrückung der Kapitalflucht und über die von der deutschen Regierung anzuführenden Statistiken lautet wie folgt:

- a) Nachprüfung: Die vom Garantienmittel im Auftrag der Reparationskommission auszuführende Kontrolle ist in dem Schriftwechsel zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung (Reparationskommission 31. März, deutsche Regierung 9. und 28. Mai) niedergelegt.
1. Einmaligen und Ausgaben. 1. Beim Reichsfinanzministerium werden zwei künftige Delegierte des Garantienmittels beauftragt werden, von denen der eine sich insbesondere mit den Einziehungen, der andere mit den Ausgaben des Reiches befassen wird.
2. Jeder von ihnen wird besonders mit dem zuständigen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium in Verbindung stehen. Die Staatssekretäre werden diese Delegierten und ihre Berater mit den Mitarbeitern in Verbindung setzen, deren Tätigkeit ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe von Nutzen sein kann.
3. Die deutsche Regierung wird durch Vermittlung dieser Delegierten unangefordert dem Garantienmittel nachstehende Schriftstücke zur Kenntnisnahme übermitteln:
  - a) Entwurf des Reichshaushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr. Dieser Entwurf wird zur gleichen Zeit wie dem Reichstag mitgeteilt werden.
  - b) Alle Einnahmewirtschaftsmaßnahmen. Diese Entwürfe werden zur gleichen Zeit wie dem Reichstag mitgeteilt werden.
  - c) Jeder Antrag auf einen Nachtragsetztätigkeit zu den im Haushalt vorgesehenen Krediten, die die Reichsregierung im laufenden Haushaltsjahr dem Reichstag einbringen beabsichtigt.
  - d) Diese Entwürfe werden zur gleichen Zeit wie dem Reichstag mitgeteilt werden.
  - e) Jede Entschädigung des Reichsfinanzministers, durch die einem Ministerium ein über die im laufenden Haushaltsplan genehmigten Rechte hinausgehender Ergänzungskredit bewilligt wurde. — Diese Mitteilung wird in Übereinstimmung mit dem Reichstag gemacht werden. Die Ergänzungskredite von weniger als 500 000 Mark brauchen nicht nach Kapital und Zinsen angegeben zu werden, aber es soll der Gesamtbetrag für jeden der wanzig Ministerien des Reiches angegeben werden. Wenn jedoch im Laufe eines Monats oder mehrerer Monate verschiedene Haushaltsüberschreitungen von weniger als 500 000 Mark, die auf denselben Titel des Haushalts genehmigt sind, insgesamt

## England für eine neue Bankierkonferenz

w. London, 21. Juli.  
Auf einem Besuche, das der Lord Mayor von London gab, hielt der Schatzkanzler Sir Robert Gore eine Rede in der er auf die ihm kürzlich im Zusammenhang mit der Reparationsfrage abgehaltene Bankierkonferenz hinwies und sagte, er sei sicher, daß, bevor diese Frage endgültig gelöst werde, die Besammlung wieder zusammenberufen werden müßte. Es werde dringend notwendig sein, die ersten Bankiers Europas beizuziehen, auch die der Vereinigten Staaten, zu Rate zu ziehen, bevor man zu einer endgültigen Lösung des Problems gelangt, das während der letzten Jahre so viele Schwierigkeiten verursacht. Bezüglich Deutschlands gegenwärtiger Lage sagte Sir Robert Gore, sein Kreditverhältnis sich bedeutend. Das einzige Ziel, das dem man mit Realitäten des Problems fertig werden könne, sei ein Einverständnis mit den Alliierten aufzufinden, um ein Plan, der die ganze Frage mehr oder weniger endgültig charakterisieren würde.

Weiter meinet aus Berlin: Trotz der Beilegung der inneren Streitigkeiten der Rückgang der Rente in alarmierender Weise an. Es ist daher dringend notwendig, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um die Lage der Wechselkurse zu verbessern, die im Augenblick wichtiger ist als irgendeine andere Frage. Man bezogte allgemein der Auffassung, daß unverzüglich eine Aktion unternommen werden muß, andernfalls stürze man, daß sich katastrophale Folgen ergeben würden, die Deutschland in eine Lage wie die von Österreich oder Rußland bringen würden. Nach dieser Auffassung scheint man sich in Paris und London über den Ernst der Lage nicht getraut zu sein. Ein Hilfsmittel, so wurde erklärt, ist absolut unethisch und je eher umso besser. Die Neutermelung sagt schließlich, die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund werde hier in Erwägung gezogen. Obgleich der Völkerbund hier nicht sehr populär ist, fängt man doch an zu glauben, daß Deutschland in seinem eigenen Interesse Mitglied des Völkerbundes werden sollte.

In einem Leitartikel des Lloyd George wochensenden Blattes „Daily Chronicle“ wird darauf hingewiesen, daß der von Sir Robert Gore im bezugenen Winter in Paris angelegte Plan der Beilegung der französischen Schulden in England in Form von deutschen Bonds an die Beilegung geknüpft ist, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, von Großbritannien ebenfalls deutsche Bonds als Beilegung anzunehmen. Die amerikanische öffentliche Meinung verbinde die Auszahlung des Planes. Die Lage zwischen Frankreich und Großbritannien sei also, daß die Beilegung, auf der das britische Angebot sich gründete, augenblicklich geringe Aussichten auf ihre Verwirklichung besitze. Die britische Regierung könne also das Anerbieten kaum aufrecht erhalten. Es wäre allerdings denkbar, daß Frankreich als Gegenleistung für die Beilegung der französischen Schulden durch deutsche Bonds England ein Äquivalent geben könne. Ein solches Äquivalent dürfte vermutlich politischer Natur sein; beispielsweise könnte Frankreich der englischen Auffassung bezüglich der gegenwärtigen sehr kostspieligen Beilegung der französischen Schulden durch alliierte Streitkräfte zustimmen. Es sei unbedenklich, daß gegenwärtig, England günstige Vorläufer in dieser Art gemacht werden, wenn auch der Gedanke vielleicht in formellen Besprechungen erörtert wurde. Auf jeden Fall, so schließt das Blatt, sollte angeht die katastrophale Lage, die durch den Zusammenbruch der deutschen Mark eingetreten ist, und angesichts der gefährlichen französischen Forderungen kein Mittel unversucht bleiben.

## Zur Radikalisierung der Massen

Das hier gebietet wird geschrieben:  
Es gibt Leute, die einen unerschütterlichen Optimismus besitzen. Sie sehen sogar in der eben vollzogenen Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und Unabhängigen einen Gewinn insofern, als sie in der Abkehrung der Unabhängigen von ihrem Programm eine Diktatur des Proletariats zum Besten für die Republik sehen. Sie reben von dämmernder Einsicht der Massen. Die bürgerlichen Parteien sind auch über diese Beförderung an sich erfreut, sie wollen nur die einseitige, nach links gerichtete Machterweiterung ausgleichen durch eine entsprechende Erweiterung nach rechts, durch die sog. bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Das klingt alles sehr schön und durchaus plausibel. Die Meinung ist nur ein Fehler, die Voraussetzung ist falsch. Denn die „Einsicht der Massen“ ist nicht vorhanden. Im Gegenteil. Wer die Augen aufmacht, sieht überall im Lande eine zunehmende Radikalisierung. Nur zu gern vergißt man den Verzicht der Linksparteien, die Regierung unter dem Druck der auf die Straßen besessenen Massen zu sehen. Die Bergarbeiterbewegung hier im Ruhrgebiet redet eine deutliche Sprache, die eine Warnung, die nicht länger übersehen werden darf. Zwar ist für den Augenblick die Streikfront der Ruhrbelegschaft gebannt. Aber für wie lange? Seit dem Tode Hies ist der alte sozialdemokratische Bergarbeiterverband vollständig führerlos. Sein Stadtvorstand ist vertrieben und will das Beste. Aber drei Viertel des Ruhrgebietes sind in radikalen Händen. Die Führer führen nicht, sondern sie werden von den Massen geführt.

Eine Folge der Ermordung Rathenau war es, daß die radikalen Elemente der Bevölkerung vollkommen ausschalteten. So kam es zu der Aufforderung des Verbandes, bis zum 15. Juli Massenfindungen einzurichten, um auf die Verhandlungen mit den Belegschaften einen Druck auszuüben. Das hätte praktisch natürlich den Streik bedeutet. Und es wäre auch zum Streik gekommen, wenn nicht der Gewerkschaftsrat der Bergarbeiter und Steiger sich mit aller Energie gegen diesen Wahnsinn gesenkt hätte. So kam es normal zu Verhandlungen, die in überhörender Weise in kürzester Frist zum Erfolg führten. Was dort den Bergleuten ausgehandelt wurde, wäre ihnen auch ausgehandelt worden ohne Drohung der Massenfindungen. Die Gehe und Verhehung unter den Bergarbeitern aber geht weiter, der Einfluß der radikalen Elemente wächst. Darüber sind die eigenen Führer des alten Verbandes nicht im Unklaren.

Die kommunalistische Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands ist die treibende Kraft, die wildt und hegt. Um nicht in gängige Radikalität und Einseitigkeit gebrannt zu werden, muß die Führung des alten Bergarbeiterverbandes notgedrungen der allgemeinen radikalen Tendenz entgegenkommen und Konzeptionen machen. Um den Leuten durch Beilegung auszureiben, hat sich der alte Verband bereit erklärt, mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands Einigungsverhandlungen anzubahnen. Vorgegeben ist analog der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und Unabhängigen eine Arbeitsgemeinschaft der linksgerichteten Bergarbeiter. Die Arbeitsgemeinschaft kann man ebensowenig wie ihr Vorbild als eine Beförderung anpreisen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie wird eine Radikalisierung bedeuten. Dafür mögen folgende Ziele und Forderungen aus einem Flugblatt der Union als Beweis dienen. Es kommt aus den Tagen vor der Einigung. Die Ueberlieferung lautet: Bergarbeiterstreik am 1. August 1922. Dem Vorstand des alten Verbandes wird vorgeschrieben, daß er die Einheitsfront der Bergarbeiter Deutschlands löst. Das er es noch wie vornehme, die übrigen Bergarbeiter Deutschlands für einen gemeinsamen Kampf mit den Ruhrbergarbeitern aufzurufen, das bedeute nichts anderes, als daß während des Streiks der Ruhrbelegschaft die übrigen „Rumpels“ im Reich die Kohlen liefern sollen zur Wiederbelebung ihrer Arbeitstätigkeit im Rheinland. Der Kampf der Bergarbeiter könne nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn er auf vollkommen einheitlicher Grundlage nach einheitlicher Parolen von allen Bergarbeiterorganisationen gemeinsam geführt werde.

Diese einheitliche Grundlage wird von der Union in neun „Wunder- und Anfangsorderungen“ festgelegt. Punkt 4: Erweiterung der Rechte der Betriebsräte im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung, d. h. vollständige Gleichberechtigung dem Unternehmer gegenüber; 5. Inangriffnahme der Sozialisierung des Bergbaues; 6. gezieltes Verbot sämtlicher Heberarbeit und Einführung der Schichtarbeit und des Dreifachschichtsystems; 7. Abschaffung aller reaktionären Gesetze (Schlichtungsordnungen usw.). Die Union erklärt, daß diese Forderungen Mindestforderungen seien. Sie werden erfüllt werden im Kampfe selbst. Zum Schluß heißt es: „Müdet sein abermaliges Aufregerischen. Auf zum Kampfe am 1. August. Es lebe der Vertrauenskampf des Proletariats!“

## Die Umbildung der Braunschweiger Regierung

w. Braunschweig, 21. Juli.

Auf der Tagesordnung der heutigen Vormittagsitzung der Landesversammlung stand die Ergänzungswahl zum Staatsministerium, die durch den Austritt des Ministerpräsidenten Dr. Braun aus der Deutschen Volkspartei sich notwendig machte. Die Unabhängigen schlugen den Landtagsabgeordneten Grotewohl, den Sozialisten der hiesigen „Freiheit“ und den Reichstagsabgeordneten Vogeler zu Ministern vor. Der Abgeordnete Gegenburger erklärte, die Demissionen seien gut und schließlich zur Koalition bereit, müßten aber nicht bedingungslos eine solche eingehen. Zum Verlaufe der Rede der Abgeordneten Dertter und Wilder kam es zu stürmischen Szenen. Dertter griff Vogeler auf das Verbot an und bezeichnete ihn als wilden Ungehörigen für einen Ministerposten. Die Unabhängigen mochten vergebens Zwischensprüche, auf die Dertter eintrat. Schließlich drang ein Abgeordneter der Unabhängigen mit erheblicher Mehrheit auf Dertter ein, ein anderes erhebliches Verbot gegen ihn. Dertter wurde zurückgebracht. Es bildete sich ein formidabler Aufruhr, in dem die Sitzung infolge des Unruhens unterbrochen werden mußte.

## Bayern und das Reich

w. München, 21. Juli.

Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei tagte am Freitag unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Sped in München. Die Verhandlung war aus allen Teilen des Landes sehr gut besucht. In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld und der anderen hier der Partei angehörenden Staatsminister wurden eingehende Beratungen über die politische Lage gepflogen. Der Landesausschuß ist zu dem einseitigen Entschluß gekommen, mit allen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln den Standpunkt Bayerns gegen die Reichstagsbeschlüsse in Fragen des Schutzes der Republik aufs entschiedenste zu wahren. Dem Ministerpräsidenten und den übrigen Mitgliedern der Reichs- und Landtagsfraktion wurde einstimmig das volle Vertrauen ausgesprochen.

**Dollar amtl. 484,39 G.**







